

Kleine politische Meldungen.

Wespiele zur Reichspräsidentenwahl. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Berlin über die Wahl zur Reichspräsidentenwahl, die Wahl werde zur entscheidenden Kräfteprobe zwischen Republik und Monarchie werden. Es dürfe nur zwei Kandidaten geben, einen republikanischen und einen monarchistischen. Ob Ebert geneigt sei, erneut zu kandidieren, stehe noch nicht fest. In und zwischen den Parteien hätten noch keine Verhandlungen stattgefunden. Ebert empfiehlt, daß ein großer aus allen republikanischen Parteien zusammengesetzter Ausschuss die Führung in die Hand nehme.

Änderung des Disziplinarrechts der Beamten. Der alte Beamtenstreik hat eine Änderung der Beamtenangelegenheiten notwendig gemacht. Der Dringlichkeit wegen wird zunächst das Disziplinarrecht neu geregelt werden. In die Disziplinarcommission sollen außer Richtern auch Beamte aller Gruppen berufen werden, das Ermittlungsverfahren wird freier gestaltet. Diese Bestimmungen werden nächstens das Reichskabinett beschäftigen.

Deutsch-polnisches Sonderabkommen. Im Anschluß an die oberschlesischen, in Katowitz über das Geldwesen geführten Verhandlungen ist in Warschau zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten ein Sonderabkommen getroffen, das die Voraussetzungen für den weiteren Geschäftsbetrieb der Niederlassungen der sogenannten D-Banken regelt. Der endgültige Abschluß wird erfolgen, sobald der Stand der Verhandlungen in Genf es ermöglicht.

Der Streit um die Handelsflagge. Der Kapitän eines Minnes-Dampfers hat sich trotz gegen ihn verhängter Geldstrafen geweigert, die neue Handelsflagge zu hissen. Die Deutsche Tageszeitung gibt ihrer Mitteilung über diesen Überhand gegen die Befehle die Spitzmarke: Ein mutiger deutscher Kapitän, wahrscheinlich um damit die Autorität der Regierung, für die die Deutschnationalen angeblich kämpfen, zu stärken.

Deutsche Anleihe in England? Der Manchester Guardian schreibt, daß in London neuerdings Verhandlungen mit englischen Bankgruppen geführt werden, die eine Anleihe von 500 Millionen Schilling an Deutschland nach der Entscheidung über die deutschen Zahlungen im 1922, die auf der Finanzminister-Konferenz in Paris im, zum Ziele hätten.

Neue Richtlinien für Streiks. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat nach den Erfahrungen, die sie bei dem letzten Streik mit der Disziplin der Arbeiter gemacht hat, Richtlinien aufgestellt, in denen es u. a. heißt: Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Ein Streikbeschluss hat nur Gültigkeit, wenn er den Satzungen der beteiligten Gewerkschaften entspricht. Bei wilden Streiks darf keine Ortsverwaltung Streikunterstützung leisten, bevor sie sich nicht mit den übrigen Organisationsleitungen verständigt hat. Ueber die Notwendigkeit von Sympathiestreiks sollen stets erst die Gewerkschaftskommission und der Fabrikbesitzer beschließen. Notstandsarbeiten in besonders lebenswichtigen Betrieben sollen auf Anweisung der Organisationsleitungen von den Arbeitern selbst ausgeführt werden. Die Technische Nothilfe lehnen die Gewerkschaften ab.

Auf das Konto der Orgesch. Die französische Militärüberwachungskommission hat sich die Haushaltspläne an München, Nürnberg und Regensburg zur Kontrolle vorlegen lassen, zweifelsohne, um sich zu vergewissern, ob die Stadtverwaltungen irgend welche Organisationsverbote unterstützen. Die bayerischen Städte können sich bei der Orgesch bedanken, wenn die Intende sogar die Verwendung ihrer Steuergelder unter Aufsicht stellt.

Ein Helfer bei der Flucht Dittmars? Wegen den Vorwürfen des Verstoßes gegen die Strafbefehle in Raumburg, der nach der Flucht des Oberleutnants J. S. A. Dittmar seines Hofens entlassen worden war, ist durch Beschluss des Oberlandesgerichts in Raumburg ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Sollte der Vorsteher die Entlassung des Verurteilten tatsächlich unterstützt haben, so hat er dem deutschen Reich einen schlechten Dienst erwiesen, da die Entente bekanntlich wegen dieses Vorwurfs Vorstellungen bei der Reichsregierung erhoben hat.

Neue kommunistische Wählerzeilen. Die kommunistischen Betriebsräte in Berlin rufen durch Anschläge in den Fabriken zu Massendemonstrationen des Proletariats für Rußland am 9. d. M. auf. Auch der Gewerkschaftsrat fordert die Arbeiter für den 9. März zu einem Spaziergang durch das Regierungsviertel auf.

Ein französisches Schreckensurteil. Nach dreistündiger Verhandlung sollte gestern Abend das französische Kriegsgericht in Düsseldorf gegen 21 junge Leute, die angeklagt waren, der Brigade Ehrhardt bezug der Organisation Konfus angehöret zu haben, das Urteil. Die betonen Führer Wögelin und Kohlsaat wurden zu 3 Jahren und 9 Jahren Gefängnis verurteilt. Von den übrigen Angeklagten erhielten zehn 1 Jahr, sieben 8 Monate Gefängnis, zwei wurden freigesprochen.

Konferenzbeginn erst am 25. April? In informierten Kreisen rechnet man mit einer neuen Verschiebung der Konferenz von Genua. Während das russische Ersuchen um eine Präberlegung des Termins keine Aussicht auf Erfolg hat, scheint sich das vorgebrachte Argument, daß es ungeeignet sei, die Verhandlungen in der Ratwoche beginnen zu lassen, durchzusetzen. Eine Verschiebung auf die Zeit nach Ostern erscheint gesichert. Als neuer Termin wird der 25. April genannt.

Sowjetrußland und die Konferenz von Genua. Tschißerich kann in der italienischen Ministerkrisis keinen ausreichenden Grund für die Verlegung der Konferenz von Genua sehen und verlangt in einer Depesche an den italienischen Außenminister deren Einberufung zum 23. März. Dieses energische Vorgehen der Sowjetregierung zeigt, daß es ihr mindestens an erheblichem Selbstbewußtsein nicht fehlt.

Blutige Kämpfe in Fiume. Aus Ugram wird dem Budapest Neuen Telegraphen-Korrespondenz-Bureau mitgeteilt, daß der Gouverneur von Fiume, Pianella, sich nach einem neunstündigen heftigen Kampfe gestern mittag ergeben hat und sich in der Gefangenschaft der Faschisten befindet.

Von Stadt und Land.

März 4. März 1922.

Ein schönes Beispiel sozialer Fürsorge hat die Firma Ernst Geßner, A.-G., gegeben, indem sie mehr als eine Million Mark für soziale Zwecke stiftete. Wie wir hören, ist in der in letzter Woche stattgehabten Generalversammlung beschlossen worden, 500 000 Mark für Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds und 600 000 Mark zu Kleinwohnungsbauten für Beamte und Arbeiter auszugeben. Die Firma darf für diese ebenso hochherzige wie großzügige Spende gewiß des Dankes der davon Betroffenen sicher sein.

Die Schüler und das Vereinsleben. Das Kultusministerium hat eine Verordnung über die Beteiligung von Schülern höherer Lehranstalten an nichtpolitischen Vereinen erlassen. Die Genehmigung soll nur erteilt werden, wenn sich die Vereinsmitglieder mit den Pflichten des Schülers in der Schule vertragen. Zum Beispiel können nicht erlaubt werden Teilnahme an Wettkämpfen, Aufführungen außerhalb des Schulortes, durch die sie dem Schulbesuch entgegenwürden, und alle übrigen Veranstaltungen, durch die die Schul- und Hausordnung eine wesentliche Störung erleiden würde.

Sachsen gegen die 24-Stunden. Die Meldung einer Berliner Korrespondenz, wonach der Vertreter Sachsens im Reichsrat gegen die Einführung der 24-Stundenzeit notiert haben soll, hat ihre Richtigkeit. Das sächsische Gesamtministerium scheint mit den Vorstellungen weiter Kreise aus Handel und Industrie nachgegeben zu haben. In der weiteren Debatte hat sich auch gegenüber dem Plan der Einführung des 24stündigen Zifferblattes wenig Gegenliebe gezeigt.

Gewerkschaften und die 24-Stunden. Am Donnerstag wurden die Gewerkschaften ausgelost, die an dem im ersten Vierteljahr stattfindenden Sitzungen des Schwurgerichts teilzunehmen haben: Es wurden dabei aus dem Kreis der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg ausgelost: Kaufmann Anton Wolfgang Bauer in Böhmitz, Schiffbauingenieur Ernst Alban Strobel in Eibenstock, Kaufmann Richard Böhm in Schneeberg, Ziegeleibesitzer Karl Hermann Reiskner in Ischorlau, Gutbesitzer Gottfried Arno Köhner in Ischorlau. — Die Schwurgerichtssitzungen werden voraussichtlich am 21. d. M. beginnen.

Die Lage des sächsischen Arbeitsmarktes hat sich in der vorigen Woche etwas günstiger gestaltet. Infolge Rückganges des Großes konnten die Außenberufe zum großen Teil ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wodurch namentlich die Zahl der arbeitsuchenden Bauhandwerker und Erdbauarbeiter merklich zurückging. Die Nachwirkungen des Eisenbahnrausstandes sind noch nicht völlig behoben, so daß einzelne Firmen infolge Kohlenmangels noch verüßigt arbeiten müssen. In der Eisen- und Porzellanindustrie arbeiten über 1000 Arbeiter verüßigt. Die Metallindustrie ist noch gut beschäftigt. Auch der Beschäftigungsgrad der Textilindustrie ist noch im allgemeinen gut. Dagegen verfiel sich die Lage der Stickerfabrikation, die Entlassungen von Stickers usw. mehrien sich.

Warenenschmuggel nach der Tschechoslowakei. Dieser Tage wurden in Ue auf dem Bahnhose durch Zollbeamte zwei Frauen aus Uertham bei Platten festgenommen, die in Chemnitz Waren im Werte von mehreren tausend Mark aufgekauft hatten und verbotswidrig nach der Tschechoslowakei bringen wollten. Die Waren verfielen der Beschlagnahme. — Die sächsischen Zoll- und Grenzbehörden widmen ihr ganz besonderes Augenmerk neuerdings den immer mehr zunehmenden Textilwarenverschleppungen aus Sachsen nach der Tschechoslowakei. Die zu verschleppenden Textilwaren werden von den Schleibern — Sachsen und Tschechoslowaken — meistens in Chemnitz eingekauft, um dann bei passender Gelegenheit über die Grenze transportiert zu werden. Es ist jetzt gelungen, einen dieser berufsmäßigen Schleiber in der Person des Gastwirts Gustav Seifert in Markhausen in Böhmen zu ermitteln. Er ist bei einer großen Schleppung von Stoffen, Stieggarnen und Damenstrümpfen im Gesamtbetrage von 158 644 Mark abgefaßt worden. Doch ist es ihm gelungen, nach Böhmen zu entkommen. Da der Schleiber jedoch in Deutschland größeres Vermögen besitzt, so hat das Amtsgericht Klingenthal dieses bis zur Höhe von 500 000 Mark in Anrechnung auf die zu erkennende Strafe beschlagnahmt. — Auch nach Auffig wird ein lebhafter Textilwarensmuggel von Dresden und Chemnitz aus betrieben. Angestellte hiesiger Geschäfte kaufen in Sachsen in großen Mengen Textilwaren, um sie durch Pöschel nach Auffig bringen zu lassen.

Getreidewucher an der Weide. Aus Baugen wird gemeldet: Unerdrie Weite werden auch in hiesiger Gegend bereits für die diesjährige Ernte für Brotgetreide von gewissenlosen Käufern geboten. In eleganten Autos fahren diese Schleiber durch die ländlichen Gemeinden und bieten 750 bis 1000 Mark für den Zentner Getreide. In der Hogenwerdaer und Ramenger Gegend ist der Ankauf des neuen Brotgetreides bereits lebhaft im Gange. Es sollen dort Summen geboten worden sein, die für Preisgestaltung der kommenden Ernte erste Befürchtungen erwecken.

Altenfest in der Methodistengemeinde. Morgen am 5. März wird in der Methodistengemeinde (St. Pauli, Bismarckstr. 12) der sogenannte Altenfest abgehalten, d. h.: Alle Rolletten und Lebensgaben an diesem Tag sollen unsern alten, hilfsbedürftigen Vätern und Müttern zu Gute kommen. Die die Methodistengemeinde in den letzten zwei Jahren drei Rinderhelme für unterernährte und blutarme Kinder einrichtete, so soll in den nächsten Monaten ein Heim für mittellose, alte Väter und Mütter eingerichtet werden, wo sie einen ruhigen friedlichen Lebensabend haben sollen. Prediger St. von Sohr aus Aegidius, ein gernegeheuer Gast in unserer Stadt, wird bei diesem Anlasse morgen vorm. 9 Uhr den Gottesdienst leiten. Bei der Altenseier im Hauptgottesdienst, abend 7 Uhr, wird er die Festpredigt halten. Ein Gang zur Methodistengemeinde wird sich reichlich lohnen. Zutritt frei für Jedermann.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

In den Auer Lichtspielbühnen hat Harry Viel seine unverminderte Anziehungskraft auf die Kinofreunde aus. Es zeigen in diesen Tagen den zweiten Teil des Abenteuer-Films: Der Fürst der schwarzen Berge, der den Unterhalt: Der Weg in die Welt trägt. Zunächst gerichtet der Film die wenn auch etwas komplizierte, so aber doch glückliche Befreiung des Prinzen aus den Händen der Regierungstruppen, wodurch ihm der Weg in die Welt freigegeben wird. Sind diese Geschehnisse schon spannend genug, so beginnt doch eigentlich der Film erst in dem Augenblick, als der Fürst, der inzwischen sein äußeres Ich wieder in einen kultivierten Menschen verwandelt hat, europäisches Festland unter den Füßen hat. Gleich bei seiner Ankunft in Rotterdam warten des Salonbesites eine Fülle von Aufgaben. Auf dem Treppezug Rotterdam-Amsterdam ist der Lokomotivbesitzer wohnhaft geworden. Harry Viel rettet Hunderten von Menschen das Leben. In Amsterdam verleiht er einen Millionen-Goldbetrag und macht daneben noch zwei Menschenkinder glücklich. Das alles erzählt der Film mit jener geschmackvollen Raffinesse, mit jener wachsenden Spannung, die eben nur einem Harry-Viel-Film eigen ist. Ob einzelne Geschehnisse überhaupst möglich sind, tut nichts zur Sache, — man läßt sich jedenfalls mit Entzücken und Tränen auf diese unterhalten. Start festlich auch die gut gelungenen Aufnahmen von Rotterdam und Amsterdam. — Außerdem gelangt der 3. und letzte Teil des großen Abenteuer-Schauspiels Goliath Armstrong zur Vorführung.

Filmvorführung in der Volkshochschule. Es muß das Bestreben aller Volksbildungsanstalten sein, die reichen Bildungs-möglichkeiten auszunutzen, die der Film gewährt kann. Die Volkshochschule Aue läßt deshalb für Sonntag, den 5. März, vormittag 11 Uhr erstmalig alle Kreise unserer Stadt zur Aufführung des großartigen Filmes: Die Wunder des Meeres ein. Es ist dies eine naturwissenschaftlich höchst wertvolle Darstellung der Hochseefischer, der Meeresoberfläche, der Tiefsee und des Meeresgrundes. Das reichhaltige Tierleben im Meere wird in technisch hervorragenden Unterwasseraufnahmen gezeigt. Die Kultur- und Lehr-Film-Vereine in Magdeburg läßt diesen Film, der übrigens auch schon den hiesigen Schulen vorgeführt wird, durch einen ihrer Vertreter eingehend erläutern. Die Aufführung findet statt im Carolatheater (Wettinerstraße). Hörsaal 1.—M., Nichtbesitzer 3.—M. Eintritt

Letzte Drahtnachrichten.

Sachlieferungen — Zwangsanleihe — Reichsfinanzministerium.

Berlin, 4. März. Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern nachmittags in einer Kabinettsitzung mit dem vorläufigen Abkommen über die Sachlieferungen, das in Berlin mit Vertretern der Reparationskommission abgeschlossen worden ist. Zu einer Beschlussfassung über das Abkommen ist es der Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge noch nicht gekommen. Im Anschluß an die gestrige Kabinettsitzung hatten der Reichskanzler und Reichsminister Dr. Hermes Verhandlungen mit den Führern der Koalitionsparteien. Es wurde die Veranlassung und Erhebung einer Zwangsanleihe erörtert. Dr. Hermes machte einen Vorschlag, der eine Art Selbstentschädigung der Veranlassungspflicht vorstellt. Auf Grund dieser Selbstentschädigung sollen Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe erfolgen. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922 erfolgen, Prämien vorgesehen. Die endgültigen Einzahlungen sollen auf Grund der Vermögensveranlassung nach dem Stande des 31. Dezember 1922 festgestellt werden. Dabei sich ergebende zu niedrige Selbstentschädigungen können berichtigt und bestrakt werden. Die Parteien haben diesen Vermittlungsvorschlag zur Kenntnis genommen und werden in ihren Fraktionen vorliegen.

Berlin, 4. April. Im Zusammenhang mit den gestrigen Steuer Verhandlungen wurde auch die Bitte des Reichsministers Dr. Hermes an den Reichskanzler erörtert, eine endgültige Regelung der Befreiung der Reichsfinanzministeriums und des Reichsfinanzministeriums zu treffen. Dem B. T. zufolge glaubt der Reichskanzler erst dann eine Entscheidung über die definitive Befreiung der beiden Ministerien treffen zu können, wenn die schwebenden Steuervorlagen zu einem gewissen Abschluß gekommen sind.

Streikbewegung.

Magdeburg, 4. März. Die Magdeburger Metallarbeiter sind gestern nach Ablehnung des Schiedspruches wegen höherer Lohnforderungen in den Ue stand getreten, nachdem eine Urabstimmung in den Betrieben rund 14 000 Stimmen für und nur 2800 Stimmen gegen den Streik ergeben hatte. In der Magdeburger Glacehandschuhindustrie sind ebenfalls die männlichen und weiblichen Beschäftigten wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ue stand getreten.

Zum Abschied Plantes.

Bern, 4. März. Zum Abschied des schweizerischen Gesandten in Berlin Dr. v. Planta sprach gestern der deutsche Gesandte in Bern dem Bundespräsidenten im Namen des Reichspräsidenten und in seinem eigenen Namen das Beileid aus. Der deutsche Gesandte wird sich als Vertreter der Reichsregierung zu den Befreiungsfestlichkeiten am Montag nach Weichenau begeben. Außerdem wird Reichsminister a. D. Schiffer im Namen der deutschen Abordnung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen.